BDEW

Gipfel als Tiefpunkt

[22.03.2013] Die Politik wird ihrer Verantwortung nicht gerecht, verlässliche Rahmenbedingungen für die Energiebranche zu schaffen. Diese Auffassung vertritt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft in einer ersten Reaktion auf den gestrigen Energiegipfel im Kanzleramt.

Die Energiewirtschaft ist enttäuscht von Ergebnissen des Treffens von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder zum Thema Strompreisbremse. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat in einer ersten Stellungnahme harsche Kritik an der Politik geübt: „Bund und Länder sind ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden, die weiter steigenden Gesamtkosten aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz zu dämpfen“, sagte Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des BDEW. Die Vertagung der Diskussion – statt konkrete Entscheidungen zu treffen – sei für die Energiewirtschaft nicht akzeptabel. Damit werde die Phase der Unsicherheit für Investoren, Verbraucher und Energiebranche weiter in die Länge gezogen. Einzig das Signal, nicht in den Bestand der erneuerbaren Anlagen einzugreifen, sei positiv zu werten, so Müller.

(al)

Stichwörter: Politik, BDEW, Energiegipfel, Hildegard Müller